



Antrag 07

(geändert neu vorgelegt am 26.05.2017, 13:50 Uhr)

(Ergebnis der Antragsgruppe vom 26.05.2017)

Antragsgegenstand: Pfadfinden ist politisch – wir mischen uns ein!

Antragsstellende: Bundesleitung

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Als Pfadfinderinnen und Pfadfinder sind wir engagierte Demokratinnen und Demokraten. Wir sind politisch aktiv und setzen uns vor allem für die Belange und Werte junger Menschen in Deutschland, in Europa und weltweit ein. Die Grundlage dafür bilden unsere Ordnung und unsere politischen Beschlüsse. Als engagierte Mitglieder unserer Gesellschaft und auf Grundlage unserer Werte und Inhalte haben wir zahlreiche politische Positionen. Wir engagieren uns und befähigen insbesondere auch unsere Mitglieder, sich eine eigene Meinung zu bilden und für diese einzustehen, um so Gesellschaft aktiv mitzugestalten – auch und gerade im Vorfeld der anstehenden Wahlen zum Deutschen Bundestag.

Die Bundesversammlung der Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg fordert alle wahlberechtigten Mitglieder der DPSG auf ihr Stimmrecht wahrzunehmen. Darüber hinaus fordert sie alle Mitglieder des Verbands auf, sich aktiv mit ihren Wünschen und Forderungen im Bundestagswahlkampf einzubringen. Politikerinnen und Politiker greifen häufig Themen und Wünsche aus ihren Wahlkreisen auf und gestalten Politik und Gesetze dadurch im Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger. Es gibt viele Möglichkeiten und Methoden, Politikerinnen und Politiker anzusprechen. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Methoden, wie sich unsere Mitglieder mit gesellschaftlichen Themen auseinandersetzen und eine eigene Meinung zu politischen Fragen bilden können.

Die Folgenden Positionen der DPSG, des BDKJ und des DBJR können als Orientierungshilfe und Vorlage für politische Diskussionen genutzt werden.

Wir fordern mehr Partizipationsrechte für Kinder und Jugendliche!

Die Stimme junger Menschen, ihre Interessen, Anliegen und Ideen müssen wirksam in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. In der DPSG geschieht dies. Junge Menschen gestalten diesen Verband (siehe Ordnung des Verbands, S. 13, 23). Deshalb fordern wir:

1. Die Verankerung der Kinderrechte aus der UN-Kinderrechtskonvention im Grundgesetz (z.B. das Recht auf Partizipation, das die kontinuierliche Beteiligung von Kindern an Entscheidungen die sie betreffen, fordert) und eine strukturelle Verankerung der Stimme junger Menschen in



Drucksache 5a



politischen/kirchlichen Gremien. Kinder und Jugendliche müssen an deren Entscheidungen beteiligt werden (Dies muss z.B. in Gemeindeordnungen oder Projektrichtlinien festgeschrieben sein und durch fachliche Unterstützung gesichert werden.)

2. Die Senkung des aktiven Wahlalters auf Kommunal-, Landes-, Bundes- und Europäischer Ebene, begleitet durch staatlich geförderte schulische und außerschulische politische Bildungsmaßnahmen.
3. Eine stärkere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Entscheidungen in Kommunen, Land, Bund und Europäischer Union.
4. Freiräume für Kinder und Jugendliche und Zeit für außerschulisches Engagement. (Z.B. die Begrenzung der Schulzeit auf die 35-Stunden-Schulwoche).

Wir fordern Chancengerechtigkeit für junge Menschen in Deutschland!

Unter einer inklusiven Gesellschaft verstehen wir, dass alle Menschen gleichberechtigt, ungehindert und chancengerecht Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe erhalten. (Ordnung des Verbands, S. 17-19, 56-61)

Wir fordern daher:

1. Gleiche Chancen und Teilhabemöglichkeiten für alle Kinder und Jugendlichen in Deutschland – unabhängig von Alter, körperlicher und geistiger Entwicklung, Geschlecht und sexueller Orientierung, Herkunft, Religion oder Bildung.
2. Die Möglichkeit eines selbstbestimmten Lebens für Menschen mit Behinderung. Einschränkungen ihrer persönlichen Freiheit, sei es durch die Gesetzgebung oder ihr persönliches Umfeld in Familie, Freizeit und Beruf, sind zu minimieren und weiter abzubauen.
3. Eine Veränderung des Bildungssystems, sodass das Einkommensniveau oder kulturelle und familiäre Hintergründe nicht mehr über den Bildungsweg von Kindern und Jugendlichen bestimmen. Insbesondere die formale Bildung muss sich stärker von sozialen Verhältnissen lösen.
4. Mehr Anerkennung für non-formale Bildung. Bildung muss ganzheitlich gedacht werden und sich nicht allein auf formale Bildungsorte (wie Schule und Universität) konzentrieren.
5. Faire Bezahlung. Gleich welchen Beruf ein Mensch ausübt, es sollte ihm ein Leben mit einem gewissen Standard in Deutschland möglich sein. Ein Umdenken der Gesellschaft und die Förderung durch den deutschen Staat sind Voraussetzung, um ein Leben auf Augenhöhe aller Menschen in Deutschland möglich zu machen.

Wir fordern ein fremdenfreundliches, buntes Deutschland!

Die DPSG als Teil der weltweiten Pfadfinderbewegung steht für Offenheit und ein wertschätzendes Miteinander. Wir wollen ein buntes Deutschland und setzen uns explizit für eine Willkommenskultur gegenüber Geflüchteten sowie gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ein (Ordnung des Verbands, S. 19, 45). Wir fordern daher:

1. Politikerinnen und Politiker müssen für eine offene und menschenfreundliche Gesellschaft eintreten und sich entschieden gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit einsetzen.
2. Unsere Gesellschaft muss sich mit dem Problem des Alltags-Rassismus auseinandersetzen. Politische Entscheidungsträgerinnen und –träger müssen in ihrer Rolle als Vorbilder sowie mit einer geeigneten Förderung die Grundlage dafür schaffen.
3. Für junge Geflüchtete dürfen keine schlechteren Sozialstandards als für junge Deutsche gelten.

4. Maßnahmen, die der Integration junger Geflüchteter dienen, müssen unabhängig vom Aufenthaltsstatus angeboten und durchgeführt werden.

Wir fordern ein offenes, solidarisches und demokratisches Europa!

Als Pfadfinderinnen und Pfadfinder stehen wir für ein Europa des Miteinanders (Ordnung des Verbands, S. 6, 74-75). Europäische Diversität und Vielfalt in der Gemeinschaft sind eine Bereicherung für jede Bürgerin und jeden Bürger Europas.

Wir fordern daher:

1. Die Europäische Idee muss neu gedacht werden: Europa ist mehr als die Wirtschaftsunion, auf die sie derzeit oft reduziert wird. Um die europäische Errungenschaft von Frieden und Verständigung weiter zu leben, müssen die sozialen und solidarischen Aspekte Europas wieder mehr in den Fokus gerückt werden. Dies geschieht vor allem durch internationale Begegnungen und Austausch, wie es in der DPSG bereits seit vielen Jahren praktiziert wird. Die demokratischen Prinzipien der EU müssen gestärkt werden: Zum Beispiel durch die Einführung eines Gesetzesinitiativrechts für das EU-Parlament.
2. Die europäische Union und ihre Gremien müssen mehr Transparenz und Offenheit wagen. Europäische Politik und ihre Prozesse sind oft kompliziert und schwer zu überblicken. Um diese Institutionen, Verfahren und Ideen verständlicher zu machen braucht es noch stärkere Bildungsarbeit im formalen und nonformalen Sektor und mehr Möglichkeiten für den EU-Bürger zur Partizipation.
3. Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Europapolitik ist zu stärken. Politische Themen, die in der EU verhandelt werden, gehen auch Kinder und Jugendliche etwas an. So ist z.B. das EU-Programm „*Strukturierter Dialog. Mitdenken, mitreden, mitbestimmen. Jugend bewegt Politik*“ als wichtiges demokratisches Element für ihre Partizipation zu stärken.

Wir fordern nachhaltige Entwicklung auf politischer Ebene

Die eigene Lebenswelt nachhaltig zu gestalten, bedeutet für uns, so zu leben, dass die Bedürfnisse der heutigen Generation befriedigt werden, ohne die Möglichkeiten zukünftiger Generationen einzuschränken. Unser Einfluss endet nicht an den Grenzen Deutschlands, wir übernehmen auch Verantwortung für alle Länder. Wir setzen uns für einen sorgsamen Umgang mit der Schöpfung ein. Dazu gehört ein einfaches, umweltbewusstes und faires Leben (Ordnung des Verbands, S. 19, 62-67).

Wir fordern daher:

1. Wir fordern eine wirksame Reaktion auf den menschengemachten Klimawandel! Dieser bedarf in erster Linie eine schnelle und deutliche Reduktion der Treibhausgas-Emissionen. Daher setzen wir uns für eine umweltverträgliche Energie- und Verkehrswende, nachhaltige Landwirtschaft und bewussten Konsum ein.
2. Die öko-faire Beschaffung muss stärker gefördert und in Deutschland zum Normalfall werden! Öffentliche, kirchliche und private Einrichtungen müssen mit gutem Beispiel vorangehen. Fairer Handel und Umweltschutz müssen verpflichtende Kriterien für die Beschaffung werden. Die Anwendung dieser Kriterien darf nicht zu einer zusätzlichen finanziellen Belastung werden.
3. Bildung für nachhaltige Entwicklung fördern! Bildung für nachhaltige Entwicklung befähigt junge Menschen sich bewusst mit ihrem kritischen Konsum und einem nachhaltigen Lebensstil auseinanderzusetzen. Daher ist es notwendig Bildung für nachhaltige Entwicklung für jeden und jede zugänglich zu machen und zu fördern.
4. Gesellschaftliche Herausforderungen müssen aus sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Perspektive betrachtet werden! Nur eine ganzheitliche Betrachtung aller möglichen Konsequenzen ermöglicht gute Entscheidungen für unsere Zukunft. Dabei warten wir nicht nur auf die Umsetzung von Politik und Wirtschaft, sondern gehen als Teil der Gesellschaft mit gutem Beispiel voran.

Wir fordern gute Rahmenbedingungen für Jugendverbandsarbeit!

Unsere Jugendverbandsarbeit ist ohne das ehrenamtliche Engagement erwachsener Männer und Frauen nicht denkbar (Ordnung, S. 26-27). Um ihre Aufgaben entsprechend der hohen Anforderungen meistern zu können, brauchen die Engagierten unseres Verbands gute Rahmenbedingungen und Unterstützung.

Um unseren Auftrag gut erledigen zu können, fordern wir:

1. Höhere Fördermittel für Ausbildung und Gruppenarbeit, sowie Lager und Fahrten.
2. Strukturförderung statt Projektförderung: Die Jugendverbandsarbeit/Selbstorganisation junger Menschen hat sich über hundert Jahre bewährt und es besteht der gesetzliche Anspruch auf Förderung. Jugendarbeit ist zu fördern. Das ist gesetzlich im Achten Sozialgesetzbuch (§79a) festgelegt. Um sie noch wirksamer umsetzen zu können, benötigen wir langfristige und verlässliche Unterstützung. Projektförderung wird dem nicht gerecht.
3. Der Verwaltungsaufwand für das Ehrenamt muss sinken: Insbesondere die Komplexität der Beantragung und der Verwaltungsaufwand für die Abrechnung von Fördermitteln – insbesondere für internationale Begegnungen – sind zu reduzieren. Die Auswirkungen von Gesetzen und Gesetzesvorhaben auf die Jugendverbandsarbeit müssen kritisch geprüft werden. Besonders hervorzuheben ist der Aufwand um das erweiterte Führungszeugnis (Bundeskinderschutzgesetz).
4. Ehrenamt muss in Deutschland mehr Beachtung finden (z.B. durch eine steuerliche Anerkennung des Ehrenamts). Auch die Ausbildung in den Jugendverbänden ist wertvoll und muss gesellschaftlich sowie auf dem Arbeitsmarkt stärker anerkannt werden.

Abstimmungsergebnis

Ja- Stimmen:	Mehrheitlich angenommen
Nein- Stimmen:	2
Enthaltungen:	3